

## Die Schweizer Wirtschaftsfragen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

ps Bern, 10. Mai.

Die deutsche Gesandtschaft in Bern nimmt in einer längeren Mitteilung Stellung gegen das Telegramm des amerikanischen Staatssekretärs, in dem die amerikanische Regierung es ablehnt, die auf Grund des deutschen Entgegenkommens bereits sichergestellte Getreideversorgung der Schweiz durchzuführen. Die deutsche Gesandtschaft folgt in ihren Darlegungen dem sich von selbst ergebenden Gedankengang, wie er bereits in meinem (Mittwoch abend veröffentlichten) Kommentar zitiert worden ist. Die deutsche Gesandtschaft fasst ihre Ausführungen zum Schluß folgendermaßen zusammen:

„Die amerikanische Mitteilung entspricht also den Sinn der deutschen Forderung, die von der schweizerischen Regierung ausdrücklich als ein „Entgegenkommen“ bezeichnet wurde, das die Getreideversorgung der Schweiz erleichtere. Nach dieser Entstellung aber gelangt die amerikanische Mitteilung zu dem Schlusse, daß sie die deutsch-schweizerischen Abmachungen ablehnt und daß das Schweizer Getreide unter amerikanischer Flagge, ohne schweizerische Abzeichen, ohne Geleitschein, begleitet von Kriegsschiffen durch die Sperrzone transportiert wird, und zwar nicht nach Cette, sondern nach einem atlantischen Hafen. Der nüchterne Tatbestand, der aus dem Telegramm des amerikanischen Staatssekretärs hervorgeht, ist, außer der Ablehnung der von der Schweiz gewünschten und von Deutschland zugesagten Erleichterung des Transportes, die mutwillige Gefährdung der Schweizer Getreidetransporte, mit anderen Worten: die Weigerung, die Schweiz wirksam mit Getreide zu versorgen.“

Wie die „Neue Korrespondenz“ aus guter Quelle erfährt, hat die französische Regierung im Einverständnis mit ihren Verbündeten vor einigen Tagen dem Schweizer Bundesrat zur Kenntnis gebracht, sie sei bereit, der Schweiz monatlich 85 000 Tonnen Kohle zur Verfügung zu stellen, und zwar pro Tonne zu 150 Franken in schweizerischer Währung. Man ist der Auffassung, daß dieses Quantum zur Versorgung des Landes genügen werde, wenn die 75 000 Tonnen dazu kommen, deren Lieferung Deutschland laut Vertrag vom 20. August 1917 auf dem Kompensationswege zugesprochen hat. Erkundigungen der schweizerischen Depeschagentur haben ergeben, daß diese Nachricht sich bestätigt. Die anderen Modalitäten über diese Kohlenlieferung, insbesondere die damit zusammenhängende Transportfrage, scheinen noch nicht ganz vollständig geklärt zu sein. Die alliierten Regierungen gehen bei diesem Angebot, wie verlautet, davon aus, daß die Verwendung der von der Entente gelieferten Kohle nach Maßgabe der bisher bestandenen Vorschriften frei sein soll, daß aber andererseits die Schweiz gegenüber Deutschland keine weiteren einschränkenden Bestimmungen über den Kohlenverbrauch, als die, die bis jetzt bestanden haben, übernimmt.

Auch der „Temps“ brüskt sich bereits mit dem der Schweiz (erst noch zu erwartenden) Entgegenkommen und schreibt: „Zwischen unserm Nachbarn und uns herrscht eine zu alte Freundschaft und zu tiefe Interessengemeinschaft, als daß wir ohne Teilnahme der Drohung einer schweren Krisis zusehen könnten. Deshalb hat die französische Regierung Anfang dieser Woche zu Bern einen wichtigen Schritt unternehmen lassen. Sie offeriert der Schweiz jene Kohlenzufuhr, die Deutschland ihr zu stellen sich weigert. In Frankreich wird die Initiative der französischen Regierung große Befriedigung hervorrufen. Das Land wird gern das Opfer an Geld und Anstrengungen bringen. Unsere Schweizer Freunde werden auch erkennen, daß unsere Hilfsmittel der Elastizität nicht entbehren, trotz aller Behauptungen der deutschen Admiralität über die Wirkung des Tauchbootkrieges. Unsere Schweizer Freunde können weiter aus unserem Verhalten entnehmen, daß unsere Freundschaft eine tätige ist.“

Wie die schweizerische Depesch-Agentur vernimmt, sind die in die Schweizer Presse gelangten Nachrichten über die angeblich von Deutschland anlässlich der Wirtschaftsverhandlungen gestellten Begehren teils unrichtig, teils mißverstanden worden, teils überholt. Der tägliche Fortgang der Verhandlungen hat zur Folge, daß das Bild stets wechselt. Deshalb ist es auch schwierig, die Öffentlichkeit über den Stand der Verhandlungen fortlaufend zu unterrichten, da, was heute richtig ist, morgen schon wieder überholt sein kann. Der derzeitige Gang der Verhandlungen läßt dem Vernehmen nach erhoffen, daß eine Einigung zustande kommen kann, da eine Reihe aufgetauchter Schwierigkeiten beseitigt ist und auch seitens Deutschlands in verschiedenen Punkten Entgegenkommen bewiesen wurde.